



Positionspapier für Wald und Holz in NRW

Vorwort

(Stand August 2007)

Im März 2005 wurde rückwirkend zum 01.01.05 der Landesbetrieb Wald und Holz NRW gegründet; im Juli 2007 begann die „Reorganisation“ der Struktur des LB und wird mit dem Echtbetrieb zum 01.01.08 vorerst seinen Abschluss finden. Die Aufgabenerledigung des Landesbetriebes steht eindeutig unter der Ausrichtung der Gewinnerorientierung und des betriebswirtschaftlichen Erfolges. Die Erbringung der so genannten „schwarzen Null“ soll hier nur als Beispiel genannt werden.

Für die IG BAU bedeutet dies, dass das Grundsätze- und Eckpunktepapier aus dem Jahr 2001 an die neue Situation angepasst werden muss. Allen Mitgliedern und Beschäftigten ist klar und eindeutig aufzuzeigen, dass aus Gewerkschaftssicht zusammen mit den Personalräten eine alleinige Fokussierung auf die betriebswirtschaftliche Betrachtungsweise der Leistungen der Landesforstverwaltung unzureichend ist. Die **IG BAU** spricht sich **im Sinne der Nachhaltigkeit** gegen eine Priorisierung des ökonomischen Bereiches aus. Die gemeinwohlorientierte Bewirtschaftung des Waldes muss im Vordergrund stehen.

Erbrachte Leistungen des Landesbetriebs Wald und Holz müssen den BürgerInnen des Landes und der Politik verstärkt nähergebracht werden.

Sozial

ökologisch

ökonomisch

Der Prozess der Nachhaltigkeit ist eine stetig (wenn auch noch langsam) wachsende globale Bewegung mit der engl. Bezeichnung „Sustainable Development“. Das Ziel ist, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und soziale Sicherheit mit der langfristigen Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen in Einklang zu bringen.

Bezogen auf den Wald bedeutet es, dass nicht nur die historisch-forstliche Holzmassennutzung im Angleich an den Zuwachs gemeint ist, sondern dass sich die zukunftsorientierte Behandlung der Waldökosysteme auf alle Funktionen bezieht. Nachhaltigkeit ist damit die Chance, „den Bedürfnissen der heutigen Generation zu entsprechen, ohne die Möglichkeit künftiger Generationen zu gefährden, ihre Bedürfnisse zu befriedigen und ihren Lebensstil zu wählen“ (Bundtlandbericht, 1983).

Es unterstreicht den Anspruch, bei allen Maßnahmen die drei Säulen der Nachhaltigkeit (soziale, ökologische und ökonomische) **gleichrangig** zu beachten. Die IG BAU schließt sich der im Jahr 2002 vom Bundeskabinett beschlossenen Nachhaltigkeitsstrategie an, fordert ihre Beachtung bei allen Planungen bzw. Entscheidungen und stellt sich der Herausforderung. Die rein forstwirtschaftlichen Denkmuster sind zu erweitern, um den gewerkschaftlichen Forderungen nach gleichwertiger sozialer, ökologischer und ökonomischer Nachhaltigkeit des Waldes gerecht zu werden.



Politisch vorgegebene Rahmenbedingungen für den Landesbetrieb Wald und Holz NRW:

- Vorgaben für die Einnahmenerbringung des Landesbetriebes sind überzogen und nicht realistisch hergeleitet worden. Sie können daher nicht erreicht werden.
- Der Landesbetrieb Wald und Holz NRW ist mit einem hohen Fehlbetrag gestartet. Gewinnorientierte, betriebswirtschaftliche Zielsetzungen des LB sind **nur** erreichbar, wenn die momentanen außerplanmäßigen Einnahmen des Sturmholzverkaufes dem LB gutgeschrieben werden. Stattdessen werden diese überplanmäßigen Einnahmen, für die forstpolitische Unterstützung des Privatwaldes genutzt.
- Gleiche Aufgabenerledigung in gleicher Qualität mit verringertem Personal soll mit Hilfe einer Namensänderung kostendeckend erfolgen.
- Wegfall von Stellenplänen für Angestellte und Forstwirte im Landeshaushalt. Allein das Gesamtbudget des Landesbetriebes entscheidet demnächst über das Personal, z.B. über die Anzahl der Forstwirtstellen.
- Die Transfererträge wurden bereits drastisch gekürzt. Die Landesregierung will auch diesen Zuführungsbetrag für die Leistungen im Bereich von Hoheit und Dienstleistung weiterhin erheblich kürzen.

Konsequenzen daraus:

- Unverhältnismäßig hohe Personaleinsparungen im Bereich des Landesbetriebes, bedingt durch die Erhöhung der Wochenarbeitszeit und die Altersstruktur des LB.
- Unter dem Diktat der betriebswirtschaftlichen Vorgaben wird es durch die anstehende Reorganisation des LB zu folgenden Konsequenzen kommen:
 - Überproportionale Vergrößerung der Reviere,
 - Zusammenlegung von Forstamtszentralen, von 35 auf 16 Forstämter, mit sehr großen Flächen- und Organisationseinheiten,
 - Abbau von Forstwirtstellen,
 - Übernahme weiterer erwerbsorientierter Aufgaben ohne vorherige Aufgabenkritik (z.B. phytosanitäre Untersuchungen sind bereits ohne Arbeitsvolumenanalysen realisiert),
 - funktionelle Bündelung von Aufgaben und damit schleichende Auflösung des Regionalprinzipes.

**Dem treten wir mit unserer Gewerkschaftsarbeit
klar und eindeutig entgegen!!!**



Kernaussagen unserer gewerkschaftlichen Arbeit

❖ Kernaussagen zum Personal und zur Organisationsstruktur

- **Mittel- und Stellenknappheit** bestimmen zunehmend das Bild und führen bereits jetzt zu einer Überalterung des Personals sowie zu Störungen des Betriebsablaufes. Die Personal- und Mittelausstattung des Landesbetriebes darf nicht als Regulativ für vermeintliche Sparzwänge in anderen Bereichen der Landesverwaltung dienen.
- Der operative Bereich beim **Forstwirteinsatz** wird immer mehr ausgelagert und der unmittelbaren Kontrolle entzogen. Flexibles Reagieren mit hoch qualifizierten und ortskundigen Fachkräften z.B. bei Katastrophen oder bei der Wertstammholzernte wird damit unmöglich.
- Die **personelle Aushöhlung** (Aufgabenzuwachs mit Personalabgang) im Landesbetrieb gefährdet die umfassende Funktionsfähigkeit und damit die wirksame Vertretung einschließlich der wichtigen Außendarstellung von Wald und Forstwirtschaft in der Gesellschaft.
- **Aufgabenvermehrungen**, z.B. in den Bereichen „energetische Nutzung von Holz“, Erstellungen von „Sondermaßnahmenkatalogen“, Waldpflegeplänen und waldbaulichen Programmen aufgrund des Klimawandels verlangen auch erhöhten Ressourcenzugang (Personal oder Geld).
- Einsparungen der Organisationsreform 1995 sollten durch das Potential einer **leistungsfähigen EDV** und stärkere Verlagerung der Verantwortung nach „unten“ ausgeglichen werden. Diese erwarteten Erfolge sind entweder nicht eingetreten oder mittlerweile schon längst aufgebraucht. Zur Zeit gibt es immer noch kein funktionierendes EDV-System für die Privatwaldbetreuung.
- Die Bildung von fachlich sinnvollen **Nationalparks**, ggf. Biosphärenreservaten unter dem Dach der Landesforstverwaltung wird eindeutig begrüßt. Dies kann aber nicht auf Kosten von Personal und Haushaltsmitteln der übrigen Forstämter erfolgen.

Konkrete nachhaltige Forderungen der IG BAU:

➤ **Personalbemessung**

Zur Sicherheit der Beschäftigten und um eine familiäre Lebensplanung zu ermöglichen, ist von der Verwaltung ein Personalentwicklungskonzept gemeinsam mit der Gewerkschaft zu entwickeln. Es muss alle Funktionen der Landesforstverwaltung erfassen.

Die Struktur der regionalen Betreuung mit Forstämtern und Forstbetriebsbezirken ist zu erhalten.

➤ **Stellenbesetzungen**

Personalveränderungen ohne das Einvernehmen der Betroffenen sind auszuschließen!

Um eine nachhaltig funktionierende Verwaltung zu gewährleisten, ist ein adäquater Einstellungskorridor für alle Bereiche der Verwaltungsstruktur einzurichten!



➤ **Tarifrechtliche Angelegenheiten:**

Die Übernahme bestehender Dienstvereinbarungen für den Landesbetrieb wird gefordert. Der Grundsatz „vereinbaren statt verordnen“ muss Eingang in die forstliche Verwaltungsarbeit finden.

➤ **Forstwirtschaftsmeisterreviere**

Anzahl, Standorte und Neubildung von Forstwirtschaftsmeisterrevieren werden einvernehmlich zwischen Gewerkschaft und dem Landesbetrieb ausgehandelt. Hierbei sind die positiven Erfahrungen der bestehenden FWM-Reviere Grundlage der Verhandlungen.

➤ **Eingliederung von Forstwirtschaftsmeistern (FWM) in die Betriebsaufgaben**

Die Aufgaben der FWM stehen in einer Mitverantwortung im Betriebsvollzug. Die Definition und Festlegungen des Rahmens und der Handlungsverantwortlichkeiten sind gemeinsam in einer Arbeitsgruppe der Gewerkschaft und der Verwaltung zu erarbeiten!

➤ **Teilautonome Arbeitsgruppen**

Eine verpflichtende Förderung und Realisierung dieser Form der Arbeitsdurchführung ist in allen Bereichen vorzunehmen.

➤ **Arbeitsvolumen Waldarbeit**

Arbeitsvolumenanalysen und Aufgabenprofile sind für die Waldarbeiter des Landesbetriebes zu erstellen. Eine weitere Privatisierung in diesem Bereich ist auszuschließen.

➤ **Forstliche Angestellte und Forstbeamte im Forstdienst**

Die im Vergleich ungerechten Einstellungen von Forstingenieuren nach BAT V b ist umgehend wieder in Einstellungen in Beamtenverhältnisse zu ändern und die Schlechterstellung der forstlichen Angestellten aufzuheben.

Forstliche Angestellte in Sonderfunktionen, z.B. Büroleitung, sind umgehend und ggf. rückwirkend tarifgerecht einzugruppieren. Auf Antrag sind Angestelltenverträge in eingruppierungsmäßig gleichwertige Beamtenverhältnisse umzuwandeln.

Anerkennung des technischen Dienstes für den gehobenen Forstdienst und Anhebung der Eingangsbesoldung auf A 10.

Es wird gefordert, die Quotierung bei den Besoldungsgruppen A9 (65%), A10 (35%) aufzuheben. Weder im Bundes- noch im Landesbesoldungsgesetz ist für die allgemeine Verwaltung eine prozentuale Aufteilung vorgesehen.

➤ **Flächenmanagement**

Da Flächenveränderungen des Staatswaldes auch Arbeitsplatzveränderungen nach sich ziehen, sind hierzu Dienstvereinbarungen zwischen zuständigen Verwaltungszweigen und betroffenem Personalrat zu schließen. Veränderungen dürfen nur auf Grund eines nachvollziehbaren und transparenten Flächenmanagements durchgeführt werden. **Staatswaldverkäufe zur Sanierung des Landeshaushaltes darf es nicht geben!**

➤ **Mischreviere**

Mischreviere in Form einer Betreuung von verschiedenen Waldbesitzarten und Staatswald in einem Revier müssen bei der Überlegung zur Betreuung von kleinen Staatswaldflächen wieder Berücksichtigung finden!

Eine Neubildung von Mischrevieren darf nicht die Bildung von Forstwirtschaftsmeisterrevieren verhindern.



❖ Kernaussagen zum gesellschaftlichen Verständnis und zur Öffentlichkeitsarbeit:

- Die Bedeutung des Waldes mit seinem **gesellschaftlicher Nutzen** muss der Öffentlichkeit stärker bewusst gemacht werden. Eine klare Offenlegung der Leistungen und Produkte des Landesbetriebs für die Allgemeinheit kann diesen Prozess voranbringen. Weitere geeignete Instrumente dafür sind die Jugendbildung, Naturpädagogik und Verbesserung der Clusterbildung für den Werkstoff Holz.
- Der politische Vorstoß, **Trinkwasser** unter Waldböden als Wirtschaftsgut zu bewerten, wird konsequent unterstützt. Weitere Vorstöße im Bereich des CO₂ Handels müssen vorgenommen werden.
- Die Erhaltung und der Ausbau von **Arbeitsplätzen im ländlichen Raum** im Bereich der Forstwirtschaft müssen gesichert werden. Dazu sind neue Aufgabenfelder (Naturpädagogik, Erholungstourismus, Bildungszentren) zu erschließen und bestehende fortzuführen.

Konkrete nachhaltige Forderungen der IG BAU:

- **Öffentlichkeitskonzept**
Erarbeitung eines Konzeptes für ein **einheitliches Erscheinungsbild** des Landesbetriebes in der Gesellschaft und einer zielgerichteten Öffentlichkeitsarbeit.
- **Öffentlichkeitsstelle**
Einrichtung einer Öffentlichkeitsstelle in allen Forstämtern, Jugendwaldheimen und Öffentlichkeitszentren sowie Qualifizierung der ausgewählten Personen.
- **Agendaprozess**
Die Forstverwaltung muss sich noch stärker in die Prozesse der „Nachhaltigkeit“, „Agenda 21“, „Verwendung von Holz im Bau“, „Nutzung von regionalen Produkten“ einbringen und bei der Weiterentwicklung als Motor dienen. Für die Dauerhaftigkeit dieser Prozesse müssen vom Landesbetrieb Strategien entwickelt und diese durch Beteiligung von strategischen Partnern gesichert werden.
- **Initiierung und Begleitung von Netzwerken**
Die Bündelung der Kräfte zur Stärkung der Belange des Waldes wird eine Aufgabe mit steigender Bedeutung der Gewerkschaft sein. Neue Allianzen sind aktiv zu schmieden.



❖ Kernaussagen zum Waldbau / Naturschutz:

- Die langfristige Erfüllung der ökonomischen, ökologischen und sozialen Funktionen des Waldes können nur auf der gesamten Waldfläche durch eine umfassende nachhaltige Waldbewirtschaftung erreicht werden.
- Vielfältige Aussagen zur naturgemäßen Waldbehandlung und zum Naturschutz im Walde sind gemacht, so z.B. im Kriterienkatalog der Zertifizierungssysteme FSC (www.fsc-deutschland.de, Deutscher FSC-Standard) / PEFC (www.pefc.de, Anhang III Standards) oder dem Generationenvertrag auf dem deutschen Waldgipfel vom 24.10.01 (www.dfwr.de, Dokument Waldgipfel, Seite 29 bis 38). Weitergehende Informationen dazu enthalten die angegebenen Internetseiten.
- Die Ziele **naturgemäßer Waldbehandlung** müssen intensiver verfolgt und dem Bürger verständlich gemacht werden. Der Holzmarkt ist nicht das ausschlaggebende Kriterium, sondern bedeutet im Sinne einer nachhaltigen, ganzheitlichen und dem Gemeinwohl verpflichteten Waldbewirtschaftung nur einen Teilaspekt in einer Reihe zu beachtender Faktoren.

Konkrete nachhaltige Forderungen der IG BAU:

- **Zertifizierung FSC**
Umsetzung der Zusage, dass die Positionen und Kriterien zur Zertifizierung nach FSC im Staatswald in die Betriebssatzung des Landbetriebes aufgenommen werden.
- **Staatswald**
Die gemeinwohlorientierte Bewirtschaftung des Staatswaldes, die im Leitbild der Landesforstverwaltung aufgeführt ist, muss in die Betriebssatzung des Landesbetriebes mit aufgenommen werden.
Der konsequente Waldbau zur Stabilisierung des Waldökosystems ist weiter zu verfolgen.
- **Kyrill**
Die Auswirkungen des Klimawandels müssen in den waldbaulichen Bewirtschaftungsgrundsätzen für alle Waldbesitzarten berücksichtigt werden. Eine breite wissenschaftlich geführte Diskussion muss darüber zeitnah geführt werden.



❖ Kernaussagen zur Aus- und Fortbildung:

- Förster, Forstwirtschaftsmeister und Forstwirte sind bekannte und **qualifizierte Ansprechpartner** für den Waldbesitzer und Bürger. Forstmaschinen sollen ausschließlich von forstwirtschaftlich qualifizierten Maschinenführern bedient werden. Damit dies so bleibt, ist eine nachhaltige Fortbildung der Mitarbeiter/innen notwendig!
- Auch in Zukunft ist es unverzichtbar, dass ausschließlich **forstwirtschaftlich qualifizierte Fachkräfte** den umweltfreundlichen und nachwachsenden Rohstoff nachhaltig liefern und vermarkten.

Konkrete nachhaltige Forderungen der IG BAU:

- **Ausbildung**
Das Ausbildungsangebot in allen forstlichen Ausbildungsgängen, sowie in der Verwaltungsausbildung wird weiterhin über Bedarf aufrechterhalten.
- **Fort- und Weiterbildung**
Neue Aufgaben erfordern - neben der Einstellung von zusätzlichem Personal - auch die stetige Weiterqualifizierung der vorhandenen Fachkräfte.
- **Höherqualifizierung**
Für die Forstwirte und Forstwirtschaftsmeister müssen Fort- oder Weiterentwicklung bzw. Weiter- und Höherqualifizierungen generell angeboten werden. Damit erfolgt eine Kompensierung der Aufgabenverluste durch Unternehmerarbeit.
- **Integration der Forschung und Lehre im Landesbetrieb**
Die Einbeziehung von Forschung und Lehre in den Landesbetrieb bietet vielfältige Vorteile. Es wird daher eine funktionierende Einheit unterstützt, die zeitnah drängende Fragen aus der Praxis wissenschaftlich und innovativ beantworten kann.



❖ Kernaussagen zur Verwaltungsmodernisierung:

- Die Umsetzung einer **neuen Führungskultur** in der Landesforstverwaltung orientiert sich an den Ergebnissen des „Projektes Verwaltungsmodernisierung“ (PVM). Die Landesforstverwaltung war bisher in diesem Projekt der Verwaltungsmodernisierung führend.

Konkrete nachhaltige Forderungen der IG BAU:

➤ **Verwaltungsmodernisierung**

Umsetzung der folgenden Inhalte des neuen Steuerungsmodells der Verwaltungsmodernisierung:

- Mittel- und langfristige Personalentwicklungskonzepte für alle Beschäftigten
- Vorgesetzten-Beurteilungen
- Mitarbeitergespräche, Zielvereinbarungen
- Stellenbewertung für alle Beschäftigten
- Einhaltung der Leitbildinhalte des LB im Wege des Beschwerdemanagementprozesses der Verbundzertifizierung.

➤ **Durchstiegsmöglichkeiten**

Für besonders leistungsstarke Beschäftigte ist auch nach Beamtenrecht die Möglichkeit des Durchstiegs in höhere Laufbahnen zu ermöglichen.

Hier sind Perspektiven aufzuzeigen!

➤ **Hierarchieabbau**

Gemeinsame intelligente Weiterentwicklung der Verwaltungsmodernisierung im Hinblick auf Verwaltungsstrukturen, Dienstdurchlässigkeiten und Hierarchieabbau. Die prozessorientierten Teamstrukturen des Landesbetriebes werden unterstützt.

„Gutes erhalten und weiter gestalten!“



❖ Kernaussagen zu Dienstleistungen der Betreuung:

- Die Wahrnehmung von Betreuungsaufgaben durch private **Dienstleistungsunternehmen** wird nicht grundsätzlich abgelehnt. Voraussetzungen dafür sind, dass sozial nachhaltige Beschäftigungsverhältnisse entstehen und lokale Arbeitskräfte berücksichtigt werden. Die Einhaltung der tariflichen Gehälter und Arbeitszeiten sowie eine gewerkschaftliche Mitbestimmung sind sicherzustellen. Fortbildung, Aus- und Weiterbildung sind ebenfalls zu gewährleisten.

Konkrete nachhaltige Forderungen der IG BAU:

➤ **Forstwirtschaftliche Vereinigungen**

Private Initiativen der Waldbesitzer und ihrer Vertreter zu organisatorischen Verbesserungen ihrer Position im Marktgeschehen sind grundsätzlich positiv zu beurteilen. Für große Forstbetriebe kann die FV eine echte Verbesserung der Marktsituation herbeiführen. Für den Kleinstprivatwald, in dem es die größten Holzreserven zu mobilisieren gilt, wird die Forstwirtschaftliche Vereinigung als ein ungeeignetes Instrument angesehen. Forstbetriebgemeinschaften in diesem kleinststrukturierten Privatwald sind wie bisher ausreichend finanziell zu fördern und forstfachlich zu beraten.

Die Förderung anderer Zusammenschlussformen darf nicht durch die Gründung und Förderung forstwirtschaftlicher Vereinigungen eingeschränkt werden.